

**LEISTUNGSBERICHT
2010/2011**

• Ziele



• Leistungsmaßstäbe



• Statusbericht



• Hinweise

I. Einführung (Hintergrund und Systematik)

Auf dem Weg zu einer einwohnerinnen- und einwohnerorientierten Verwaltung und einer modernen und effektiven Dienstleisterin werden in der Stadtverwaltung Hannover seit Jahren die Instrumente der Budgetierung und Dezentralisierung von Verantwortung und Aufgabenwahrnehmung eingesetzt. Für die Steuerung der Verwaltung und die Gewährleistung der Ausrichtung an gemeinsamen Zielen gewinnen Zielvereinbarungen mit einem entsprechenden Berichtswesen über die Zielerreichung auch weiter an Bedeutung.

Die Verständigung über Ziele und die Berichterstattung über die Zielerreichung ist ein Schritt auf dem Weg zu einem veränderten Steuerungssystem. Entsprechende Diskussionen im Organisations- und Personalausschuss zu der Systematik des Berichts, zu den Zielen und dem aktuellen Sachstand sind auch weiterhin ein Zeichen verstärkter Kommunikation und Auseinandersetzung mit konkreten Zielen.

Die im Berichtswesen benannten Ziele gehen von den strategischen Zielen der Gesamtverwaltung aus, die in den letzten Jahren als Herausforderung gewirkt haben und wegen ihrer Aktualität auch weiterhin in das Verwaltungsentwicklungsprogramm Verwaltung 2015 aufgenommen wurden:

- Erhaltung bzw. Verbesserung der kommunalen Leistungsfähigkeit,
- Ausbau der Einwohnerinnen-/Einwohner- bzw. Kundinnen-/Kundenorientierung und
- Weiterführung der Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterorientierung im Sinne von Personal- und Organisationsentwicklung




Sowie übergeordnete Ziele, die für alle Handlungsfelder gelten:

- Demokratische Teilhabe und
- Gleichstellung von Frauen und Männern in der Stadtverwaltung

Aus diesen strategischen Zielen sind acht operative Ziele gebildet und formuliert worden. Anhand von konkreten Leistungsmaßstäben wurde festgelegt, wie die Zielerreichung gemessen werden kann. Im folgenden Leistungsbericht erfolgt die Darstellung des Zielerreichungsgrades.

II. Alles auf einen Blick: Übersicht zu den Zielen 2010/2011

Nr.	Ziel	Seite
1	Überführung des Nettoregiebetriebes „Der Gartensaal“ in den Kernhaushalt	4
2	Erarbeitung und Verabschiedung eines Verwaltungs-entwicklungsprogramms (Verwaltung 2015)	5
3	Einheitliches Personalaktenrecht für alle Statusgruppen der Landeshauptstadt Hannover	6
4	Systematisierung und Optimierung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes	7
5	DMS – Dokumentenmanagement-System	9
6	Evaluation des Stadtbezirksmanagements	10
7	Wirtschaftlichkeit in der Fremdreinigung	12
8	Vorbereitung und Durchführung des Zensus 2011	14

* Hinweise:  Ziel ist erreicht worden  Ziel wurde zum Teil erreicht  Ziel wurde nicht erreicht

III. Die Ziele im Einzelnen

1. Überführung des Nettoregiebetriebes „Der Gartensaal“ in den Kernhaushalt



Ziele

Rückführung des Nettoregiebetriebes „Der Gartensaal“ in den Kernhaushalt zum Haushaltsjahr 2011 vorbereiten und sicherstellen, dass nach Umstellung auf die Doppik die Führung weiterhin mit steuerungsrelevanten Informationen versorgt wird.



Leistungsmaßstab und -ziel für 2010/2011

Die Planung für das Haushaltsjahr 2011 ist für den Gartensaal nicht wie bisher in Form eines Wirtschaftsplanes vorzunehmen, sondern erfolgt zukünftig im Kernhaushalt.

Das bestehende Planungssystem sowie das für den Gartensaal bestehende Controlling und Berichtswesen sind unter der Zielsetzung einer zeitnahen Versorgung der Führung mit steuerungsrelevanten Informationen entsprechend umzustellen und kontinuierlich weiter zu entwickeln.

Die Aufgabe bedingt einen organisatorischen Umsetzungsprozess, das Personal im Verwaltungsbereich des Gartensaals ist auf die neuen Verfahren zu schulen, neue Arbeitsabläufe und Vertretungsregelungen werden angestrebt.



Status / Zielerreichung

Die Eingliederung des Gartensaals in den Kernhaushalt zum 1.1.2011 ist nahezu planmäßig verlaufen. So wurde der Wirtschaftsplan durch den Produktplan ersetzt, der Gartensaal wird im Haushalt nunmehr als Produkt 57103 Gartensaal ausgewiesen. Die bisherige Finanz- und Anlagebuchhaltung der Fa. Lexware wurde zum 1.1.2011 durch den Einsatz entsprechender SAP-Module abgelöst. Die Bewirtschaftung erfolgt seitdem im SAP-System, die Anlagebuchhaltung wird jetzt zentral im Fachbereich Finanzen durchgeführt. Zukünftig wird die Leitung des Gartensaals auch unterjährig mit steuerungsrelevanten Informationen versorgt werden. Die erforderlichen Schulungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (SAP Endanwender und CO) sind durchgeführt worden, die Vertretungsregelungen wurden im Verwaltungsbereich von Gartensaal und Gemeinschaftsverpflegung neu definiert. Die Dienstanweisung zur Regelung des Verfahrens im Umgang mit Handvorschüssen gem. ADA 20/53, Ziffer 1.5, ist in Bearbeitung. Noch nicht abschließend geregelt sind einige Detailfragen bzgl. des Umgangs mit Pfand.

2. Erarbeitung und Verabschiedung eines Verwaltungsentwicklungsprogramms (Verwaltung 2015)



Ziele

Das Verwaltungsentwicklungsprogramm (Verwaltung 2015) beschreibt die wesentlichsten Strategien und Meilensteine zur Weiterentwicklung der Stadtverwaltung auf dem Weg einer modernen und leistungsfähigen Verwaltung bis 2015 und bildet die Handlungsgrundlage für die Dezernate und Fachbereiche.



Leistungsmaßstab und -ziel für 2010/2011

Das Programm beachtet neben eigenen Entwicklungsideen die fachlichen Standards, die finanziellen Rahmenbedingungen und resultiert aus Vergleichen mit anderen Kommunen. Es orientiert sich an den Zielen

- Leistungsfähigkeit der Verwaltung,
- Qualitätsansprüche an Produkte und Dienstleistungen,
- Einwohnerorientierung und demokratische Teilhabe sowie
- modernes Personalmanagement (Personal- und Organisationsentwicklung und Gesundheitsmanagement)

Das Programm ist mit der Verwaltungsführung abgestimmt und wird mit einer Informations-Drucksache in den entsprechenden Gremien bis Ende 2010 verabschiedet.



Status / Zielerreichung

Das Verwaltungsentwicklungsprogramm 2015 wurde entsprechend der oben genannten Kriterien erstellt und verabschiedet. Eine erste Zwischenbilanz sowie ein Ausblick der weiteren Bearbeitung erfolgte in einem gesonderten Bericht im zweiten Quartal 2012.



Hinweise, ggfs. Maßnahmen zur Gegensteuerung

3. Einheitliches Personalaktenrecht für alle Statusgruppen der Landeshauptstadt Hannover



Ziele

Einheitliches Personalaktenrecht für alle Statusgruppen



Leistungsmaßstab und -ziel für 2010/2011

- Abschluss einer Dienstvereinbarung „Führung von Personalakten“
- Umsetzung der inhaltlichen Festlegungen der Dienstvereinbarung
- Anpassung bestehender Anwendungen, Vereinbarungen usw. an die Dienstvereinbarung.



Status / Zielerreichung

Das Ziel ist erreicht, denn

- die Dienstvereinbarung ist abgeschlossen,
- die Anwendung der Dienstvereinbarung wird gegenwärtig in ausgewählten Fachbereichen und Betrieben erprobt, Verfahren und Anwendungen werden gegenwärtig angepasst.



Hinweise, ggfs. Maßnahmen zur Gegensteuerung

4. Systematisierung und Optimierung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes



Ziele

In den Fachbereichen, Ämtern und Betrieben der Stadtverwaltung (im Folgenden als Fachbereiche bezeichnet) wird die Qualität des Arbeits- und Gesundheitsschutzes systematisch verbessert.



Leistungsmaßstab und -ziel für 2010/2011

- Das Analyseinstrument „Basiskatalog zum Arbeits- und Gesundheitsschutz“ wird mit fachlicher Unterstützung des Betrieblichen GesundheitsService in allen Fachbereichen als Basisinstrument des Arbeits- und Gesundheitsschutzes eingesetzt.
- Die Berichterstattung der Fachbereiche zum Arbeits- und Gesundheitsschutz erfolgt auf dieser Grundlage alle zwei Jahre (2011).
- Zu den 12 Themenbereichen des Basiskataloges werden Informationsmaterialien, Arbeitshilfen und Schulungsmaterialien (z.B. PP-Präsentationen) vom Betrieblichen GesundheitsService bereitgestellt (mind. 50% in 2010). Damit wird den Fachbereichen die Anwendung und Umsetzung der Regelungen im Arbeits- und Gesundheitsschutz erleichtert.
- Ausbau eines Schulungskonzeptes für Führungskräfte zum Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz, das sich an der Systematik des Basiskataloges orientiert.
- Jeder Fachbereich hat Anspruch auf ein Seminar pro Jahr, das vom Betrieblichen GesundheitsService bei Bedarf durchgeführt wird.

Mit den beschriebenen Dienstleistungen des Betrieblichen GesundheitsService sollen die Qualität und der Fortschritt des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in den Fachbereichen gesichert werden. Die vorgesehene Systematik bildet einen wesentlichen Bestandteil eines Betrieblichen Gesundheitsmanagements.



Status / Zielerreichung

Der Basiskatalog zum Arbeits- und Gesundheitsschutz ist von den beratenden Fachdiensten des Betrieblichen GesundheitsService vom Analyse-Instrument zur interaktiven Wissens-, Anwendungs- und Präsentationsplattform im Intranet weiterentwickelt worden durch:

- Vervollständigung und Ergänzung des Basiskataloges mit Rechtsquellen, Arbeitshilfen und verfügbaren Materialien und deren Hinterlegung per Link

- Erstellung von Unterweisungspräsentationen für alle 12 Themenmodule des Basiskataloges, die u. a. auf Fortbildungs- und Unterweisungsveranstaltungen in den Fachbereichen eingesetzt werden. Komplexe Themen werden dabei in möglichst komprimierter Form dargestellt.

Der Basiskatalog wird in allen Fachbereichen als Analyseinstrument eingesetzt. Im Jahr 2009 erfolgte eine Ist-Analyse durch die Fachbereiche. In den benannten Schwerpunkten wurden in den Jahren 2010 und 2011 Fortschritte erzielt, z.B. in folgenden Handlungsfeldern: Delegation von Pflichten, Erstellung von Brandschutzordnungen, Erfassung von Gefahrstoffen und Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen.

Auf zwei Informationsveranstaltungen mit den Fachbereichsleitungen wurden in 2011 zentrale Themen im Arbeits- und Gesundheitsschutz gemeinsam beraten (Verantwortung und Haftung, Pflichtendelegation, Gefährdungsbeurteilungen incl. psychische Belastungen/ psychische Gesundheit, Betriebliches Eingliederungsmanagement, Arbeitsschutzmanagement-Software).

Die Systematisierung und Optimierung der laufenden Pflichtaufgaben Arbeits- und Gesundheitsschutz, sowie die erforderliche Dokumentation wird darüber hinaus wesentlich unterstützt mit der Einführung einer Arbeitsschutzmanagement-Software (AMS). Die hierfür in 2010 abgeschlossene Dienstvereinbarung wird in den Fachbereichen und Betrieben schrittweise umgesetzt.

Die beratenden Fachdienste des Betrieblichen GesundheitsService unterstützen die Verantwortlichen in diesen Feldern umfassend und tragen so zur ständigen Weiterentwicklung und Qualitätsverbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in der Landeshauptstadt Hannover bei.



Hinweise, ggfs. Maßnahmen zur Gegensteuerung

5. DMS – Dokumentenmanagement-System



Ziele

Einführung eines verwaltungsweiten Dokumenten-Management-Systems für die Gesamtverwaltung. Das DMS ist erforderlich für eine medienbruchfreie Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen, die Optimierung von Verwaltungsprozessen und die Abbildung von elektronischen Akten.



Leistungsmaßstab und -ziel für 2010/2011

- Durchführung einer Systemauswahl und Beschaffung
- Technische Einführung eines Systems
- Pilothafte Erprobung in den ausgewählten Verwaltungsbereichen
 - Fachbereich Finanzen / Bereich Steuern und Gebühren
 - Zusatzversorgungskasse / Abteilung für Versicherungen und Versicherungsleistungen
 - Fachbereich Recht und Ordnung / Fachbereichsübergreifende Rechtsangelegenheiten
- Anbindung an das Fachverfahren Steuerveranlagung



Status / Zielerreichung

Positiver inhaltlicher Stand:

Die Ausschreibungsunterlagen wurden erstellt, die Ausschreibung und Vergabe sind durchgeführt worden. Es erfolgte eine gute Zusammenarbeit im Projekt mit allen Beteiligten.

Zeitlicher Stand:

Ab Anfang 2012 stehen die technische Einführung und der Beginn der Pilotierung an. Die Abnahme der Ergebnisse der Piloten ist für Ende 2012 vorgesehen.



Hinweise, ggfs. Maßnahmen zur Gegensteuerung

Die zeitliche Verzögerung der Umsetzung wurde in der Projektsteuerungsgruppe unter Beteiligung der Pilotfachbereiche abgestimmt; Qualität geht vor Geschwindigkeit.

6. Evaluation des Stadtbezirksmanagements



Ziele

Mit dem Stadtbezirksmanagement (SBM) wird das Verwaltungshandeln auf der Stadtbezirksebene verbessert und die Stadtbezirksaktivitäten der Verwaltung gebündelt, effektiver koordiniert und weiter entwickelt. Zugleich zielt es darauf, die Arbeitsweise und Qualität des Verwaltungshandelns einwohnerinnen- und einwohnerorientierter und lebenslagenorientierter zu gestalten. In diesem Kontext steht den Einwohnerinnen und Einwohnern für die Bezirkspolitik eine verlässliche Ansprechperson zur Verfügung. Die Arbeit des SBM soll weiter ausgewertet werden.



Leistungsmaßstab und -ziel für 2010/2011

- Festlegung von Meilensteinen für die Evaluation im Jahr 2010
- Vorlage und Präsentation einer detaillierten Auswertung über die Wirksamkeit des SBM Frühjahr 2011 (s. Info-DS. Nr. 3017/2007)
- Straffung der Stadtbezirkskonferenzen (1x jährlich, max. 2 Std.), stadtbezirksspezifisch strategische Ausrichtung auf zukunftsorientierte Aufgaben und Zielsetzungen
- Durchführung von mindestens einem zentralen Projekt im Stadtbezirk pro Jahr (Abstimmung in den Stadtbezirkskonferenzen)
- Optimierung der Stadtbezirkportale unter Hannover.de
- Erstellung eines aussagekräftigen Berichtswesens für die Stadtbezirksräte



Status / Zielerreichung

- Der Bericht der Prozessevaluation des Deutschen Instituts für Urbanistik wurde im Dezember 2010 vorgelegt.
- Im März 2011 hat der Oberbürgermeister den Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeistern den Evaluationsbericht vorgestellt. Den Bezirksräten ist eine Informations-Drucksache mit dem komprimierten Inhalt des Berichts zur Beratung übersandt worden (Drucksache Nr. 409/2011). Diese Drucksache ist in den Bezirksratssitzungen eingehend erläutert und diskutiert worden. Zugleich wurde diese Informations-Drucksache den Ratsmitgliedern zur Kenntnis gegeben.
- Eine Arbeitsgruppe mit den Fachbereichen und dem SBM hat Vorschläge zur Verbesserung der Zusammenarbeit des SBM mit den Fachbereichen entwickelt. Im Oktober 2011 wurden in einer Organisationsverfügung die Aufgabenveränderungen des SBM zum 01.11.2011 veröffentlicht.
Das SBM organisiert zudem die Einwohnerinnen- und Einwohnerversammlungen in den Stadtbezirken.

- Stadtbezirksportale stellen die Internet-Plattform der Stadtbezirke dar. Sie werden ständig aktualisiert.
- Ein aussagekräftiges Berichtswesen wird erfüllt durch
 - Übersendung halbjährlicher Listen eines Beschlussmonitorings,
 - der Leistungsberichte der Dezernate,
 - den vollständigen Produkthaushalt,
 - ein neu angepasstes Zuwendungsverzeichnis und
 - Prioritätenlisten zu den Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen der öffentlichen Einrichtungen der Fachbereiche Gebäudemanagement, Tiefbau sowie Umwelt und Stadtgrün.
- Ergänzend dazu werden die Mittelveranschlagungen über die einzelnen stadtbezirksbezogenen Einrichtungen angegeben.



Hinweise, ggfs. Maßnahmen zur Gegensteuerung

7. Wirtschaftlichkeit in der Fremdreinigung



Ziele

Höhere Wirtschaftlichkeit in der Fremdreinigung durch eine regelmäßige Preisbildung im Wettbewerb.



Leistungsmaßstab und -ziel für 2010/2011

Die wiederkehrenden Ausschreibungen der Leistungen für die Unterhaltsreinigung in den städtischen Gebäuden sollen in eher mittelfristigen Zeiträumen stattfinden. Für die Jahre 2010 und 2011 sollen jeweils bis zu 10 % der Verträge aktualisiert werden. Zurzeit gibt es bei der Kommunalen Gebäudereinigung 260 Verträge für die Unterhaltsreinigung in den städtischen Gebäuden. Die Priorität soll bei den preislich ungünstigsten Verträgen liegen. Gleichzeitig sollen Bieterausschlüsse durch eine größtmögliche Information über formal korrekte Angebote reduziert werden. Bieterausschlüsse aus formalen Gründen können dazu führen, dass in diesem Fall selbst das wirtschaftlichste Angebot bzw. das Angebot mit dem niedrigsten Preis nicht berücksichtigt werden darf.



Status / Zielerreichung

Durch mehrere öffentliche Ausschreibungen konnten die Reinigungsdienstleistungen für 24 Schulen und Sporthallenbereiche neu vergeben werden. Weiterhin wurden für 30 kleinere städtische Objekte beschränkte Ausschreibungen durchgeführt. Somit wurden 54 Unterhaltsreinigungsverträge durch Wettbewerbe aktualisiert. Die Bilanzierung der damit verbundenen Ziele ist:

- Das Finanzziel (Wirtschaftlichkeit) wurde übertroffen mit der Kostensenkung von 263.000 € pro Jahr.
- An den Wettbewerben waren in 2010 48 und in 2011 65 kleine und mittelständische Unternehmen beteiligt. Die 54 ausgeschriebenen Verträge wurden an 17 verschiedene Unternehmen vergeben.
- Nur Angebote, die den Nachweis für eine tarifgerechte Entlohnung der eingesetzten Reinigungskräfte enthielten, wurden in die Wertung einbezogen.

Zu diesen Ergebnissen ist anzumerken, dass sich ein zusätzlicher Personaleinsatz zur Beschleunigung der Ausschreibungen als rentabel erwiesen hat. Zu den vorhandenen zwei planmäßigen Stellen (A9/E9) wurde eine weitere Nachwuchskraft (E9) bisher außerplanmäßig eingesetzt. Der Anteil der dritten Kraft an den insgesamt erzielten Einsparungen von 263.000 €/Jahr liegt weit über den zusätzlichen Personalkosten in Höhe von ca. 53.900 Euro/Jahr (Durchschnittssatz für E9). Aus wirtschaftlichen Gründen und im Hinblick auf die steigenden Anforderungen aus den

Haushaltssicherungskonzepten (HSK) sollte die Intensivierung der Ausschreibung von Reinigungsdienstleistungen deshalb dauerhaft als Schwerpunktaufgabe der Kommunalen Gebäudereinigung angesehen werden.

Ob und ggf. mit welchem Erfolg eine weitere Steigerung der jährlichen Ausschreibungszahlen (bisher 10 % pro Jahr) vorgenommen werden könnte, wird geprüft.



Hinweise, ggfs. Maßnahmen zur Gegensteuerung

8. Vorbereitung und Durchführung des Zensus 2011



Ziele

Reibungsloser Ablauf der Volkszählung 2011 (Zensus 2011)



Leistungsmaßstab und -ziel für 2010/2011

Zum Stichtag 09.05.2011 wurde in der Landeshauptstadt Hannover der gesetzlich vorgeschriebene Zensus 2011 durchgeführt. Der Zensus wurde in verschiedene Bereiche unterteilt, dies waren die Haushaltsstichprobe, die Sonderbereiche sowie die Ersatzvornahme der Gebäude und Wohnungszählung (später in „Begehung vor Ort“ umbenannt). Die weiteren Bereiche waren für die Stadt Hannover nicht durchzuführen. Insgesamt wurden neben den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern 400 ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte gewonnen und geschult. Davon wurden 240 ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte für die Befragungen eingesetzt. Abschluss der Erhebung wird der 30.04.2012 sein.



Status / Zielerreichung

Bei der **Haushaltsstichprobe** wurden 1967 Adressen erhoben. Dies entspricht ca. 18.000 Personen von denen sich ca. 4,5 Prozent (800 Personen) im Mahnwesen befinden. Die Befragung wurde mit einem 9-seitigen Fragebogen durchgeführt, für den wie bei allen anderen Fragebögen Auskunftspflicht besteht.

Bei den **Sonderbereichen** gibt es eine weitere Unterverteilung in sensible Sonderbereiche und nicht sensible Sonderbereiche. Die 202 sensiblen Sonderbereiche wurden persönlich vollständig von der Leitungsebene der Erhebungsstelle erhoben.

Bei den nicht sensiblen Sonderbereichen wurden ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte sowie 2 hauptamtliche Mitarbeiter eingesetzt um die ca. 10.000 Bewohner mit 2-seitigen bzw. 9-seitigen Fragebögen zu befragen. Die 2 hauptamtlichen Mitarbeiter wurden für die Befragung von ca. 3.500 Bewohnerinnen und Bewohnern von studentischen Wohnungseinrichtungen eingesetzt. Bei den nicht sensiblen Sonderbereichen befinden sich noch ca. 150 Personen im Mahnwesen.

Bei der Begehung vor Ort dient die Erhebungsstelle der Landeshauptstadt Hannover dem verantwortlichen Landesbetrieb des Niedersächsischen Innenministeriums zur Überprüfung der Adressen, zu denen es keine Rückmeldung seitens der Hauseigentümer gibt. Hierzu wurden bereits ca. 2000 Adressen im Stadtgebiet geprüft. Eine weitere Meldung von ca. 1500 noch zu prüfenden Adressen soll im Februar 2012 folgen.



Hinweise, ggf. Maßnahmen zur Gegensteuerung

Zur Zielerreichung des Zensus 2011 wurden regelmäßige Treffen der Erhebungsstellenleiter unter Beteiligung der Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände eingeleitet an denen teilweise auch die Referatsleitungen des Niedersächsischen Innenministeriums teilgenommen haben. Dabei wurden die Schwierigkeiten der Erhebungsstellen erläutert und massive Kritik hinsichtlich der Erhebungsmaßnahmen geübt. Diese resultierten aus Verfahrensabläufen die von Seiten des LSKN festgelegt wurden. Als Gegensteuerungsmaßnahmen wurden beispielsweise festgelegt, dass bei der Belegung der Fragebögen beim Landesbetrieb von Schleswig-Holstein keine Plausibilitätsprüfung der einzelnen Lieferpakete erfolgt. Somit erfolgt der Versand der Erhebungsunterlagen nicht mehr sortiert nach 12-stelliger Erhebungsbezirksnummer und 12-stelliger Fragebogennummer, sondern nunmehr nach Erhebungsbeauftragtenname mit unsortierter Fragebogennummerierung. Diese Maßnahme erspart bei 400 zu versendenden Fragebögen einen zeitlichen Aufwand von 7,5 Stunden. Insgesamt sollen ca. 29.000 Fragebögen versendet werden. Die Kostenkalkulation des Landes sieht einen Gesamtzeitaufwand von 5 Stunden für 29.000 Fragebögen vor. Als weitere erhebliche Gegensteuerungsmaßnahme wird die Befragung vor Ort ohne Fachanwendung durchgeführt, sondern mittels einzelner Exceldatenblättern durchgeführt. Ein Abschluss der Erhebung bis zum 30.04.2012 wäre ohne diese Maßnahme nicht möglich, da der Einsatz von 47 anstatt von 14 Erhebungsbeauftragten notwendig wäre, wobei 43 Prozent der Daten zur Erhebung zum derzeitigen Zeitpunkt erst Mitte Februar 2012 geliefert werden. Auch werden jetzt noch neue Erhebungsbezirke bei den Sonderbereichen (z.B. Studentenwohnheime) seitens des Landesbetriebes gemeldet. Diese wurden erst jetzt durch Recherchen des Bundesamtes für Statistik gefunden und müssen 9 Monate nach Stichtag von den Erhebungsstellen erhoben werden und sind relevant für die amtliche Einwohnerzahl. Auch hat das Nds Mi sich mittlerweile an IT-NRW (verantwortlich für die IT-Fachanwendung für den Zensus) gewandt, da es enorme Ausfälle der Fachanwendungen gibt, die die einzelnen Erhebungsstellen tagelang, teils wochenlang arbeitsunfähig gemacht haben und noch machen. Hinsichtlich des Ergebnisses des Zensus sind in naher Zukunft Absprachen mit dem Bereich Recht geplant, welche Rechtsmittel möglich sind, wenn das Ergebnis des Zensus nicht positiv ausfällt, da es keine Möglichkeit gibt die Auswertung und die Berechnung der Daten einzusehen.